

Saale-Zeitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gepaltene Kolonnenzeitung oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Kleinere die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Er scheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Druck-Verwaltung: Halle, Gr. Braubausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unbesandte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Kodexdruck nur mit Anstehensangehörigen „Saale-Ztg.“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 114; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementabteilung Nr. 1133.

Nr. 445.

Halle a. S., Sonnabend, den 21. September.

1912.

Konfliktluft in Rudolstadt.

Eine Unterredung mit dem Staatsminister Herrn. von der Recke.

Die überraschende Vertagung des Landtages des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt und die dadurch entstandene gespannte politische Situation zwischen Regierung und Landtag ist besonders nach Einholung des Landtagsbeschlusses, in der deutschen Presse viel besprochen worden. Es wird unseren Lesern deshalb nicht unwillkommen sein, wenn sie den Inhalt der Unterredung hier wiedergegeben finden, die der Chefredakteur der „Saale-Ztg.“ geführt mit dem Staatsminister des Fürstentums, Freiherrn von der Recke, in Rudolstadt geführt hat.

Der Minister dankte mir zunächst in freundlichen Worten, daß ich gekommen, obwohl bei mir die Annahme nicht fern gelegen haben würde, daß zwischen uns parteipolitische Gegensätze bestehen könnten.

Ich erwiderte, daß die Frage, um die es sich hier handelt, überhaupt nicht von parteipolitischen, sondern nach allgemein rechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen sei; ich wäre gekommen, um die Wahrheit zu suchen.

Der Minister: Dann bewegen wir uns... Ich: Ergellenz sind neuerdings in einem Teil der Presse als „Reaktionär“ charakterisiert worden.

Der Minister: Gegen diesen Vorwurf muß ich mich verwahren! Ich bemühe mich, parteilos zu bleiben. Parteipolitik können wir nicht treiben.

Das Gespräch wendete sich dann, nach kurzen, nebensächlichen Worten der durch die Vertagung des Landtages geschaffenen und in ganz Deutschland vielbesprochenen Lage zu.

Der Minister führte aus: „Unsere Lage ist Ihnen bekannt. Die Sozialdemokraten haben im Landtage die absolute Majorität, die sie auszunutzen suchen. Ich will keine Kritik des Verhaltens der bürgerlichen Parteien hier geben, mit denen ich, wie ich ausdrücklich betone, gern zusammenarbeiten möchte.“

Dadurch, daß sich die bürgerlichen Parteien, einem alten Brauche folgend, in den Debatten auf nur kurze, sachliche Erklärungen beschränkten, die Sozialdemokraten dagegen ihre meist gut geklärten Redner vorkickten, deren Reden im Parlamente von bürgerlicher Seite oft unerwidert blieben, war die Regierung gezwungen (wie es ihre selbstverständliche Pflicht überdies ist), mit den sozialdemokratischen Rednern die Klänge zu kreuzen. Dadurch wurde die Haltung der Regierung, wie es in der Natur der Sache liegt, eine überaus scharfe.

Ich halte es für direkt geboten, daß die Staatsregierung der Sozialdemokratie gegenüber die bürgerliche Auffassung entscheiden zum Ausdruck bringt. Die Regierung ist in jedem Falle verpflichtet, sämtliche Berufs- und Erwerbsstände im Lande gegenüber der einseitigen Klassenvertretung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, die uns vorwirft, wir seien der „Klassenstaat“, ist die einseitige Vertreterin einer einzigen Klasse, während wir — die Bürgerlichen — das Interesse aller Berufsstände und Erwerbsstände vertreten.“

Zu der direkten Ursache der Differenzen zwischen Staatsregierung und Landtag übergehend, bemerkte der Minister:

„Die Staatsregierung hat jede Scharfe vermieden; wir haben aus den Regierungsvorlagen alles ausgeschaltet, was Anlaß zu Konflikten geben konnte, — auch die Verringerung zum Wahlgelde. Damit fielen freilich gleichzeitig die Steuerergänze für die Regierung. Der neue Etat war aufgebaut auf dem alten Steuerergelz.“

Ich: Aus welchem Jahre stammt dieses Gesetz, Ergellenz?

Der Minister: Ich kann nicht in Abrede stellen, daß unser gegenwärtiges Einkommensteuergesetz vom 31. Mai 1902 „rückständig“ ist... Aber, seit dem Jahre 1806 sucht die Regierung die Steuerergelze zu reformieren. Im Jahre 1912 hat sie ein vollständiges neues Steuerergelz vorgelegt, in dem die Steuerergelze der unteren Stufen heruntergedrückt, die oberen dagegen in die Höhe gebracht worden waren! —

Nun zu den Notgesetzen, die die unmittelbare Veranlassung zu dem Konflikt gegeben haben.

Nach Auflösung des Landtages am 4. März war die Regierung gezwungen, vier Notgesetze, darunter das viel besprochene Notgesetz, betreffend die Teuerungszulage der Beamten machen zu müssen.

Das Gesetz ist dem Landtag in der ersten Sitzung übergeben, eine Beschlußfassung im Plenum aber nicht herbeigeführt worden. Die Ausschussfassung hat es zwar behandelt, die Regierung hat jedoch nicht mehr das Gutachten des Ausschusses erhalten. Es ist aber der Regierung nicht unbekannt, daß die Mehrheit der Abgeordneten dem Notgesetze ihre Zustimmung nicht geben wollte.

Ich: Ist dieses Notgesetz denn tatsächlich gegen den Willen des Landtages in Kraft getreten?

Saale-Zeitung

— Bestehe fortgeschrittliche und bedeutendste parteipolitische Zeitung der Provinz Sachsen. —

— Erscheint im 46. Jahrgang! Täglich zwei Ausgaben! —

Im nächsten Quartal werden Reichstag und preuß. Landtag die Sitzungen, die im Frühjahr bezw. Frühsummer abgebrochen worden sind, fortsetzen. Der Reichstag wird vor den Weihnachtsferien freilich nur eine kurze Tagung abhalten, da er erst Ende November oder vielleicht erst Anfang Dezember zusammentritt. Nichtsdestoweniger werden seine Beratungen von großer Bedeutung sein, da er sich außer mit dem Etat auch mit verschiedenen schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen, u. besonders auch mit der Teuerungssage, zu beschäftigen haben wird. Angesichts der bisherigen Untätigkeit der Regierung in dieser Angelegenheit und dem energischen Widerstand der Agrarier gegen jede zur Einderung der bestehenden Mißstände geeignete Maßregel muß mit energiegelassen parlamentarischen Teuerungsbekämpfen gerechnet werden.

Der preussische Landtag wird bereits vier oder fünf Wochen früher zusammentreten. Er hat aus dem ersten Abschnitt der Session, wenn es nach der Regierung geht, noch mancherlei wichtige Reste aufzuarbeiten, u. besonders den Wasserrechtentwurf und die Novelle zur Einkommen- und Vermögensesteuer. Auch hierüber, sowie über die anderen im Landtag zu erlegenden Regierungsvorlagen sind ausgedehnte und überaus bedeutsame Debatten zu erwarten.

Daneben werden die im nächsten Jahre bevorstehenden

Landtagswahlen

bereits ihren Schatten in das Parlament ebenso wie in die politische Betätigung der Bevölkerung überhaupt vorauswerfen. Die verschiedenen Parteien werden ihre Stellung zu einander präzisieren, und es wird nicht ausbleiben, daß bereits jetzt die fortschrittliche Volkspartei in die Lage kommen wird, sich gegen die von den Gegnern erhobenen vielen Angriffe zu verteidigen. Da ist es denn doppelte Pflicht aller Parteianghörigen, sich mit dem nötigen Material zu versorgen, das zum Angriff und zur Abwehr dienen kann.

Die „Saale-Zeitung“ läßt sich eine besonders ausführliche Berichterstattung über alle parlamentarischen Verhandlungen angelegen sein. Die der agrar-konservativen Presse unangenehm und deshalb ängstlich von ihr untersagten Reden der liberalen Parlamentarier finden die Leser der „Saale-Zeitung“ in sorgfältiger Zusammenstellung im Parlamentsbericht, in dem selbstverständlich auch die Ausführungen der Gegner enthalten sind.

Wer sich also über die Vorgänge im politischen Leben auf Grund objektiver Darstellung informieren will, muß die „Saale-Zeitung“ lesen.

Der sorgfältig bearbeitete volkswirtschaftliche und Handelssteil erfreut sich besonderer Wertschätzung der Industrie-, Finanz- und Handelskreise. Jede Morgen-Ausgabe enthält einen eine volle Seite umfassenden Kursbericht, ferner ein ausführliches geschriebenes Stimmungsbild der Berliner Börse, — jede Abend-Ausgabe die nachmittags 2 Uhr festgestellten telegraphisch übermittelten Kurse der Börse, außerdem einen kurzen, allseitig begründeten Stimmungsbericht der Börse.

Der Unterhaltungsteil bringt neben fesselnden Romanen, Feuilletons etc., Berichte aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Literatur, Kunst und Wissenschaft. — Theater- und Konzertkritiken aus bewährter Feder.

Die Saale-Zeitung ist somit das reichhaltigste und vielseitigste fortschrittliche Blatt der Provinz Sachsen.

Man abonniert auf die „Saale-Zeitung“ für das 4. Quartal 1912 bei allen Postanstalten und Postboten, in der Haupt-Expedition, Große Braubausstraße 17 (Telephon 1133), oder bei den Zeitungs-austrägern.

Verlag der „Saale-Zeitung“.

Der Minister: Nicht eigentlich gegen den Willen, sondern vielmehr ohne den Willen, bezw. ohne die Mitwirkung des Landtages und zwar gilt es so lange, bis der Landtag ihm seine Genehmigung verweigert hat, was er übrigens in den verflochtenen 14 Tagen hätte tun können. Durch die Vertagung ist auch die Möglichkeit einer Aufhebung des Notgesetzes hinausgeschoben.

Ich: Ist das verfassungsmäßig?

Der Minister: Der Erlaß eines Notgesetzes ist im Grundgesetze vom 21. März 1854 ausdrücklich vorgesehen; es heißt dort im § 25, daß im Falle dringenden Bedürfnisses solche Gesetze, wenn der Landtag nicht versammelt ist, unter Verantwortlichkeit der Mitglieder der obersten Regierungsbehörde erlassen werden. Derselben findet der Landtag sofort nach seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen.

Ich: Und Landtag?

Der Minister: Landtag hat sich nicht eigentlich über das Notgesetz geäußert; er führt aber aus, daß für solche Materien — wenn sie ohne Einführung neuer Steuern anders geordnet werden können — die Zustimmung des Landtages nicht erforderlich ist, daß sie vielmehr im Verordnungswege geregelt werden können.

Der Minister fuhr darauf fort: Der Paragraph des Sonderhaushälter Landesbudgetgesetzes, der diesen Fall behandelt, ordnet die Frage ähnlich. Es heißt dort:

„Der Fürst kann Gesetze ohne vorherige Mitwirkung des Landtags erlassen, wenn dieselben durch die Umstände dringend geboten sind und keinen Aufschub bis nach Zusammentritt des eben nicht versammelten Landtages leiden.“

Ich: Ergellenz, eine Frage! Lag denn nun zu diesem Notgesetz, das doch gewissermaßen die pido de resistencia aller Schereien bildet, eine so zwingende Veranlassung vor und war die hohen Einzahl wert?

Der Minister (bestimmt): Ich hielt die Teuerungszulage für eine Pflicht gegen die Beamten, für die ich die Verantwortung übernommen habe und trage! Unsere Beamtenbesoldung ist weit die geringste in Deutschland. Die Gehaltsätze bewegen sich 10—20 Prozent unter denen anderer thüringischer Staaten. Notgesetze sind übrigens bei uns in den kleinen Staaten ein „durchaus gangbarer Artikel!“

Die Regierung war übrigens in der Lage, die Teuerungszulage — ganze 8 Proz.! — nicht als Notgesetz, sondern als landesherrliche Verordnung zu bewilligen. (Siehe auch Landtag!) Ich habe aber den Weg der landesherrlichen Verordnung nicht beschritten, weil er mir aus konstitutionellen Empfinden nicht sympathisch war. Wäre der Weg der „landesherrlichen Verordnung“ beschritten, so würde der Landtag über die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung erst bei der Rechnungslegung, die frühestens 1915 hätte erfolgen können (dreijährige Finanzperiode!) debattiert haben.

Aus konstitutionellem Empfinden zog ich, wie gesagt, den Weg des Notgesetzes vor, um so dem Landtag Gelegenheit zu geben, zu der Teuerungszulage Stellung zu nehmen.

Ich: Sehr gut! Man soll sich hüten, in unserer heutigen, mit Jähdriff so reichlich versehenen Zeit, an dem konstitutionellen Geboten zu rütteln.

Der Minister: Eben deswegen habe ich so gehandelt.

Ich: Ergellenz! Sie bezogen sich vorhin auf das Landesherrliche Gutachten, das bekanntlich von einer Reihe von führenden Zeitungen, wie „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Ztg.“ (und auch in der von mir geleiteten Zeitung) scharf kritisiert worden ist. Wenn nun die Parteien des Landtages ein Gegengutachten ausarbeiten ließen, wie würden Sie sich zu diesem Gutachten verhalten? —

Der Minister: Die Staatsregierung wird an keinem „Gegengutachten“ achlos vorübergehen können. Ich habe mich öffentlich überdies noch auf das Landesherrliche Gutachten berufen, obwohl ich persönlich einem Gutachten von Landtag die weitgehendste Beachtung beilege. —

Nach diesen Darlegungen kehrte der Minister wieder zu einer Erörterung der Gründe zurück, die die Regierung zur Vertagung des Landtages bewogen hatten. Nachdem Ergellenz von der Recke die Ereignisse der letzten Landtagsverhandlungen, chronologisch geordnet, hatte Revue passieren lassen, meinte er:

„Unter diesen Umständen sah die Regierung nicht die Möglichkeit, daß die Etatsberatung zu einer für die Regierung annehmbaren Einigung der Parteien über den Etat führen könnten. Zudem war von seiten der Bürgerlichen ausgesprochen worden, daß man nicht die Teuerungszulage für die Beamten, sondern eine neue Etala zum Besoldungsgesetz haben wolle. Angesichts dieser Sachlage hielt es die Regierung für angezeigt, eine Unterredung in der Tagung einzutreten zu lassen und dem Landtag bei seinem erneuten Zusammentritt dann ein neues Besoldungsgesetz und vielleicht auch ein dem Antrag der Bürgerlichen entsprechend ausgearbeitetes neues Wahlgelz vorzulegen.“

Jh: Wie lange dürfte die Vertagung währen?
Der Minister: Das kann ich heute noch nicht sagen.
Jh: Erzählen, es wird besapnet, Sie seien — fons...
Der Minister: Ich habe das ernste Bestreben, einem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Nur, wenn er mir akzentriert würde, könnte es zu einem Konflikt kommen. Die Regierung hat in der Verbindung von Beschlüssen, die schwere Konstellationen nach sich ziehen könnten, eine direkte Staatsnotwendigkeit gesehen... Im übrigen regiere ich auf Grund des alten Staats noch drei Jahre, ohne Konflikt! (§ 20 unserer Verfassung!)

Jh: Und der Fürst, wie denkt er über die jetzige Situation?
Der Minister: Der regierende Fürst hat meine konstitutionelle Auffassung durchaus gebilligt!

Jh: Hatten Erzengel ein Auskommen mit der Sozialdemokratie des Landtages, sofern sie den positiven Willen zur Mitarbeit mitbringt, für möglich? In anderen Kammern läßt sich bei Konstellationen, die gegenseitig gemacht werden, doch auch auskommen.

Der Minister: Nein! Sie wollen nicht nur Zugeständnisse, sie wollen Unterwerfung.
Jh: Erzählen, in der „Politik. Corr.“ war den bürgerlichen Mitgliedern des Landtages ein Vorwurf gemacht, weil sie auf Grund einer Vereinbarung dem sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Präsidentschaftswahl ihre Stimme gaben, während die Sozi für den Bürgerlichen als Vizepräsidenten stimmten. Ist es denn ein Unglück für ein Parlament, einen rechtschaffenen sozialdemokratischen Präsidenten zu haben, — vorausgesetzt, daß er seinen hiesigen Verpflichtungen nachkommt?

Der Minister: Darauf kann ich Ihnen als Minister nicht antworten. Das ist eine Angelegenheit, die lediglich die Landtagsmitglieder angeht.

Jh: Hoffen Erzengel auf einen baldigen gedeihlichen Ausgleich der Differenzen? —

Der Minister: (sehr lebhaft): Ja, das hoffe ich bestimmt, selbst auf die Gefahr hin, von einigen als „Optimist“ gehalten zu werden.

W. G.

Die Schule des Landes der Landwirte.

Man wartet immer noch auf die große Sensation des Chemnitzer Parteitag. Sie scheint diesmal ausbleiben zu sollen. Denn auch über die heftige Frage der Sonderkonstellationen ist man ohne besondere Erregung hinweggegangen. Man handelt eben nach dem Rezept, daß das Beste ist, was lassen zu ertragen, was man doch nicht ändern kann. Und über das Hauptproblem, was denn jetzt an Glücklichem der sozialdemokratischen Wählerchaft, nachdem sie einhundertsechzig Mann in den Reichstag befördert hat, harret, ist man auf fast noch einfachere Weise hinweggekommen. August Hebel selbst hat noch eingeschrieben, daß man mit 110 Abgeordneten noch in der Minorität sei und nichts zu erwarten. Das ist, obwohl Herr Hebel damit nichts Neues verraten hat, doch ein gewaltiger Dampf aus dem Siegesgefäß, das die sozialdemokratische Preße nach dem Wahlsieg angestimmt hat. Und wer etwa nach einem Arbeitsprogramm sucht, das die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag zu verwirklichen gedenkt, um wenigstens auch einmal etwas Positives für das Volk zu leisten, der wird aus all den stundenlangen Reden der roten Wochen nichts, aber auch gar nichts finden. Das Ergebnis dieses Parteitages wird somit für die politische Definitivität wohl erloschen sein; denn auch die Genehmigung des Einheitsantrags mit der Fortschrittspartei durch den Parteitag erscheint uns nicht von besonderer grundsätzlicher Bedeutung zu sein. Immerhin sind in der Debatte darüber doch einige Versicherungen gefallen, die in parteipolitischen Hinsicht bemerkenswert erscheinen. Einer der Gegner des Einheitsantrags, der „Genosse“ Hagenheim aus Chemnitz, vertrat die Ansicht, daß dieser Kreis den Sozialdemokraten in jedem Falle sicher gewesen wäre, denn schon vor der Hauptwahl sei ihnen, den Sozialdemokraten, von Antisemiten, und zwar nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von Bürgermeistern und Kriegsgewerkeinsprechenden erklärt worden, daß die Antisemiten bei Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Liberalen Mann für Mann für den Sozialdemokraten eintreten würden. Ist die Mitteilung schon interessant genug, so ist die Begründung noch viel interessanter.

Die Antisemiten sind eben bei uns genau so wie in Nordhausen und einer ganzen Reihe heiliger Wahlkreise. Sie wählen lieber einen Sozialdemokraten als einen Liberalen. Die ganze Erregung, die sie durch den Bund der Landwirte erhalten, dessen Kampf sich vielmehr gegen die Liberalen, als gegen uns richtet, führt dieses Verhältnis herbei.

Was hier der Chemnitzer Genosse sagt, ist überhaupt nichts Neues. Wie oft schon sind von liberaler Seite dem Bund der Landwirte seine Verheerungstatist und deren Folgen entgegengehalten worden! Aber glauben die Führer des Bundes über diese Vorwürfe vollständig hinweggehen zu können. Jetzt wird ihre Richtigkeit von der kompetentesten Seite bestritten, nämlich von der Seite, die von dieser Heftigkeit den Vorteil gehabt hat. Gefesselt wird von der „Deutschen Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw. die Theorie vertreten, daß der Liberalismus die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei; hier wird dem Bund der Landwirte als dem besten Erzieher für die sozialdemokratische Partei die Palme überreicht. Wer drücken einmal die Antisemiten und hundertfachen Kleinrentner an der Arbeit gesehen hat, wie sie den Hof gegen die liberal genimten Würtzger ausüben und sorgsam mit all den verheerenden Wäpeln über den Großkapitalismus, die Großstädte und alles, was damit zusammenhängt, prophesieren, der wird nur belächeln können, daß die auf solche Weise aufgezogenen Wähler bei gegebener Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Liberalen ohne jedes Zutun der Umzugspartei in die Arme fallen würden. Das sollten diejenigen Führer des Bundes der Landwirte, die der parteipolitischen Verblendung noch nicht ganz erlegen sind, doch einmal beherzigen und die richtige Lehre daraus ziehen. Vor einigen

Tagen hat Herr Dieberich Haß von Hannover-Lande Abschied genommen, um sich einen anderen Wahlkreis zu suchen, nachdem er fast zwei Jahrzehnte lang die Provinz mit der wilden Agitation überzogen hatte. Er hat freilich damit völlig Schiffbruch gelitten, aber das Ende ist doch eine fast unheilbare Zerrüttung der bürgerlichen Parteiverhältnisse. Der Zeitpunkt erscheint uns geeignet, daß man im Bund der Landwirte doch überlegt, ob man mit dieser Taktik auf dem richtigen Wege ist, bezw. daß die Parteien der Rechte sich die Frage vorlegen, ob sie sich noch weiterhin einer Herrschaft beugen wollen, die solche Kräfte zeitigt, wie man sie in Chemnitz aus sozialdemokratischer Wunde vernommen hat.

Sozialdemokratischer Parteitag. (Telegraphischer Bericht.)

V.

Chemnitz, 20. September.

Zu Beginn der heutigen Sitzung erhielt der Reichstagsabgeordnete Stadthagen als Referent das Schlusswort zu dem Thema „Reichstagswahlen“. Er nimmt Stellung zu den Anträgen und Resolutionen und fragt, warum denn immer dieselben Sachen vorgebracht werden. Nach lebhaften Erörterungen wird darauf zur Abstimmung geschrieben. Der Antrag auf erhöhten Gehalt der Arbeitswilligen wird angenommen, über den Antrag wegen eines Ladetagswotens gegen Dr. Landsberg wird zur Tagesordnung übergegangen; die Resolution Einermann wird mit großer Majorität angenommen.

Hierauf ergreift der Vorsitzende Haase das Wort zu dem Thema

Imperialismus.

Es liegt hierzu eine längere Resolution vor, in der es u. a. heißt: „Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktions- und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Die mächtig geförderten Organisationen der Unternehme, die Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluss auf die Regierungen der Völker aus, um die staatlichen Wirtschaftsmittel ihren Expansionsbestrebungen nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck ist die brutale Gewalt willkommen, wenn sie nur Erfolg verspricht.“ Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarung dem Weltverkehr Ein Ende gemacht wird und fordert an Stelle besterlicher Erziehungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und Beseitigung des Schutzschutzes. Die Aufgabe des Proletariats ist es, den auf die höchste Entfaltung gerichteten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbstständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Der Vorsitzende Haase gibt zu der Resolution eine eingehende Begründung. — Dr. Zenz (Leipzig): Die Frage der Bekämpfung des Imperialismus ist die bedeutungsvollste auf dem ganzen Parteitag. Ich behaupte, daß Kartelle und Rola Luxemburg wegen Krankheit nicht frei sein können, da sie die Verufenen wären, um die Frage zu erörtern. Der Redner spricht dann über die Küsteneinstellungen.

Eduard Bernheim (Berlin): Die Frage des Imperialismus ist die Frage unserer Zeit, sie ist der Brennpunkt der gegenwärtigen Verhandlungen. Hier steht auch die Trennungslinie der Völker, wie sie sich zur Frage des Imperialismus und der endlosen Kämpfe stellen. Eine der sympathischsten Persönlichkeiten der uns am nächsten stehenden Partei sagte bei der letzten Session und Präsenzerklärung: Ich unterschreibe von dem, was Bernheim gesagt hat, jedes Wort, aber ich nehme doch die Vorlage an, daß ein Gebot der Notwendigkeit. Es ist nicht notwendig, daß man Kolonien hat, um sich wirtschaftlich zu entwickeln. Deutschland ist ein Industrieort geworden, ehe es Kolonien hatte. Ich bestritte, daß der Gedanke der Abklärung eine Utopie ist.

Pannekuk (Bremen) spricht unter großer Anruhe im Sinne von Dr. Zenz. Darauf tritt die Mittagspause ein. Nachmittags sprach zuerst Gumbach (Kolmar): Er führte aus: Das Vertrauen ist keine Naturwendigkeit; wir müssen dagegen ankämpfen, wenn auch aus anderen Gründen als die Friedensfreunde aus dem bürgerlichen Lager.

Abg. Cohen (Frankfurt a. M.) spricht im Sinne von Dr. Zenz. Es ist niemals möglich, daß Lebensfragen unter den Nationen durch internationale Schiedsgerichte beilegt werden können, das kann nur bei Nebenfragen geschehen. Reichstagsabgeordneter Mueller (Darmstadt) sagt: Wir sollten überall direkt die Regierung unterstützen, wenn sie für die Gleichberechtigung der deutschen Industrie eintritt. Das soll keine Unterstützung der kapitalistischen Produktionsweise sein, sondern eine Zivilisationsfrage. Dann sprach Pannukuk über die

Meinleit.

Das Referat drehte sich zunächst um die Bestimmung, daß diejenigen Arbeiter, die aus irgend welschen Gründen am 1. Mai arbeiten müssen, den Arbeitsverdienst dieses Tages an die Parteikasse abzuführen haben. In einzelnen Orten wird behauptet, daß dieser Beschluß nur gefakt worden sei, um der Meineliter den Garaus zu machen. Selbst Redakteure von Parteiblättern lehnen es ab, den Verdienst am 1. Mai abzuliefern. Das ist ein Parteistand. — Weiter wird die Vorklassliste für den Parteivolltag erteilt. In dieser sind aufgeführt: Rebel und Haase als Vorsitzende, Braun als Kassierer, Pannukuk, Wollenbuh, Gehrich, Coers, Hermann Müller und Scheidemann als Sekretäre, Luise Zieg als Sekretärin, Wengels, Brühl und Eiserfeldt als Beisitzer.

Nach längerer Debatte über die Meineliter wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Deutsches Reich.

Anwaltschaft wider Oberlandesgerichtspräsidenten.

Ein Konflikt ist in Frankfurt a. M. zwischen dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn und den Rechtsanwälten in Frankfurt ausgebrochen. Frankfurt a. M., 20. Sept. Bisher war es beim hiesigen Oberlandesgericht üblich, daß bei diesem Gericht zugelassene Rechtsanwälte sich in der mündlichen Verhandlung durch die dem genannten Gericht nicht zugelassene Rechtsanwälte als Substituten vertreten lassen durften. Diese Substituierung von bei dem Oberlandesgericht nicht zugelassenen Anwälten will aber jetzt das Oberlandesgericht begründen. Präsident Dr. Spahn nicht zulassen. Da das

Oberlandesgericht einem substituierten Rechtsanwalt in einem Falle das Aufreten verweigert hat, beantragte der beim Oberlandesgericht zugelassene Anwalt der Gegenpartei ein Verfügen zur Urteil zu erlassen. Auf dieses Verfügenurteil darf man gespannt sein; die Verbindung wird aber erst in einigen Tagen erfolgen. Sollte ein Verfügenurteil ergehen, so wird die Anwaltschaft den Fall bis vor das Reichsgericht bringen. Inzwischen ist eine Erklärung seitens des Frankfurter Anwaltereins erschienen, in der auf § 27 der Rechtsanwaltsordnung hingewiesen wird, wo es heißt: „Jedem eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, kann nur ein bei dem Prozessgericht zugelassener Rechtsanwalt die Vertretung als Prozessanwalter übernehmen.“ In der mündlichen Verhandlung kann jedoch jeder Rechtsanwalt die Ausführung der Parteirecht und für den Fall, daß der zur Vertretung bestellte Anwalt ihm die Vertretung überträgt, auch diese übernehmen.“ Darauf suchen die hiesigen Rechtsanwälte und erklären, daß seit dem 1. Oktober 1879, an dem die Rechtsjustizgele in Kraft getreten sind, stets von dieser Maßnahme hier Gebrauch gemacht worden sei. Der Anwaltverein hat auch Rechtsgutachten von hervorragenden Prozessualisten wie Nach, Seuffert, Stein und Friedländer hierüber eingeholt. Diese haben übereinstimmend den Standpunkt der Frankfurter Anwaltschaft als richtig bezeichnet und für Fälle der erwähnten Art eine Befugnis des Prozessgerichts zur Zurückweisung der Anwälte verneint. Da trotzdem das Oberlandesgericht an seinem Standpunkt festhält, so erachtet sich die Anwaltschaft als gleichberechtigte Organe der Rechtspflege im Interesse ihres Standes verpflichtet, Maßnahmen, die sie für unzulässig hält, mit allen gesetzlichen Mitteln einzusetzen.

Der zweite Teil des Bauversicherungsgesetzes.

M. p. Um einwandfreies Material für die Beurteilung des Baujündels zu erhalten, hat der Handelsminister das Statistische Landesamt angewiesen, sich mit der Handelskammer Berlin in Verbindung zu setzen und eine Erhebung über den Umfang des Baujündels in Groß-Berlin durch eine Umfrage bei den beteiligten Bauhandwerkern zu veranstalten. Daneben sollen Feststellungen über die Verluste der Bauhandwerker und Eisenarbeiten bei Zwangsversteigerungen von Neubauten in Groß-Berlin, Kassel, Köln, Breslau, Stettin und Kiel veranlaßt werden. Sollten diese Erhebungen die Notwendigkeit der Einführung des zweiten Abschnittes des Gesetzes über die Sicherung der Bauhandwerker ergeben, so dürfte das Gesetz zunächst auf Zeit, und zwar auf 10 Jahre, eingeführt werden.

Strafvolllugesetz.

M. p. Die Reichsregierung ist zurzeit mit den vorbereitenden Arbeiten für den Erlass eines einheitlichen Strafvolllugesetzes beschäftigt. Immerhin hat der Erlass eines Strafvolllugesetzes noch geraume Zeit auf sich warten lassen. Es werden noch langwierige Verhandlungen mit den einzelstaatlichen Finanzministern gepflogen werden müssen, ehe die Vereinheitlichung des Strafvolllugeses durchgeführt werden kann.

Zur Ueberfüllung im Oberlehrerberufe.

In einer eingehenden Untersuchung im „Deutschen Philologenblatt“ behandelt W. Oberle die wichtige Frage, wie sich die künftige Ueberfüllung im Oberlehrerberuf innerlich der einzelnen Provinzen aller Bundesländer nach gestalten dürfte. Er stellt zunächst auf Grund des zugänglichen Materials die Frage nach der Ueberfüllung und des Zentralrats für die gesamte Unterrichtsverwaltung, Bedarf und Nachfrage an akademisch gebildeten Lehrern in den einzelnen Provinzen. Es ergaben sich dabei große provinzielle Unterschiede. So ist der durchschnittliche jährliche Bedarf in der Provinz Pommern 135, in Brandenburg nebst Berlin 118, in Westfalen 66, dagegen in Ostpreußen nur 21, in Polen 22 und in Westpreußen 24. Der Oberlehrerbedarf der Provinz Sachsen hält sich nahe der Mitte, er beträgt 41.

Demgegenüber steht aber bei allen Provinzen ein beträchtliches Angebot. So waren am 1. Mai 1911 in der Provinz Sachsen nicht weniger als 170 Oberlehrer-Anwärter vorhanden, nämlich 13 anstellungsfähige Kandidaten, 66 Probekandidaten und 91 Seminarabituienten. Es ist also bereits ein Vorrat von Kandidaten vorhanden, der den Bedarf von zwei Jahren decken wird. In einigen Provinzen ist sogar ein Vorrat für über fünf Jahre vorhanden, so in Westpreußen (Angebot 140, Nachfrage 24), Baden (135 zu 22), Hannover (247 zu 34) und Schlesien (182 zu 38). Bezüglich der Kandidaten in diesen Provinzen dürfte also im Durchschnitt schon mit drei Jahren anzulegen sein, eine Zeit, die sich in Zukunft in allen Provinzen noch erhöhen wird, denn der starke Zubruch zu den Universitäten erhöht noch immer in unverminderter Weise die Zahl der jährlichen Anwärter. So haben sich in den letzten sechs Jahren allein in der Provinz Sachsen 1217 Abiturienten den Schulwissenschaften gewidmet. Das ergibt pro Jahr rund 200 Anwärter, ein reichlicher Zugang, wenn man bedenkt, daß jährlich nur 41 Stellen zu besetzen sind. Selbst wenn man berücksichtigt, daß von diesen 1217 Anwärtern nur durchschnittlich 74 Prozent, also 900, das Examen bestehen und als Seminarabituienten in den Vorbereitungsdiens eintrreten, muß man doch sagen, daß 150 Anwärter auf 41 freie Stellen zu viel des Guten sind und daß bei gleichbleibender Entwicklung sich schließlich unpaarbare Zustände ausbilden müssen.

In anderen Provinzen steht es zum Teil noch schlimmer. Insgesamt beträgt der jährliche Bedarf an Oberlehrern in der Provinz Pommern, das am 1. Mai 1911 bestanden, Angebot an Kandidaten betrug 2635, die Zahl der Abiturienten, die sich in den letzten 6 Jahren den Schulwissenschaften (Philologie, Mathematik und Naturwissenschaften) widmeten, 11 675, also durchschnittlich jährlich 1946.

Die Delegiertenkonferenz der preussischen Oberlehrervereine hat bereits vor Jahresfrist nur dem Studium der Philologie gewandt, das Kultusministerium hat sich zu einer solchen Warnung jedoch nicht entschließen können. Es ist Sache jedes einzelnen, sich selbst vor Schäden zu bewahren.

Mutter- und Säuglingsfürsorge.

In Verbindung mit der Tagung des 3. deutschen Kongresses für Säuglingsfürsorge hielt Freitag nachmittag in Darmstadt die großherzogliche Zentrale für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Hessen ihre außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Ein großartiger Erfolg der Vertretungen der Zentrale liegt darin, daß die Säuglingssterblichkeit in Darmstadt, die in den Jahren 1906—1910 18,7 Proz. betrug, im Sommer 1911 auf 12,7 Proz. zurückging und in diesem Jahre etwa 8,5 Proz. betragen wird, sowie 5,5 bis 6 Proz. im Landkreise Darmstadt.

Weinhaus Broskowski die vortrefflichsten Speisen, die edelsten Weine

zu mäßigen Preisen.

Annahme des Lotterievertrages durch Bayern.

Im Finanzausschuss des bayerischen Abgeordnetenhauses fand Freitag der Staatsvertrag mit Preußen hinsichtlich der Lotteriegemeinschaft zur Verhandlung. Nach den Erklärungen des Ministeren Speck (Zentrum) ist als sicher anzunehmen, daß sich der Ausschuss nunmehr bei der Abstimmung am kommenden Montag für die Annahme des Vertrages mit Preußen aussprechen werde.

Massnahmen zur Binderung der Fleischsteuerung.

Der Stadtrat von Götting hatte sich an die Regierung des Herzogtums gewandt, Massnahmen für die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Fleisch und Vieh zu treffen. Darauf ist dem Stadtrat jetzt von der Regierung der Befehl gekommen, daß die Staatskasse bei der Einfuhr von billigem Fleisch und Vieh für die ärmere Bevölkerung die Einfuhrzölle übernehmen werde.

Parteinachrichten.

Weitere Anträge zum Mannheimer Parteitag.

Wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, veröffentlicht die „Freiinnige Zeitung“ in ihrer gestrigen Ausgabe eine ganze Reihe neuer Anträge zum Mannheimer Parteitag. Wir finden darunter u. a. einen Antrag des Bezirksverbandes Halle, der lautet:

„In Absatz VII des Parteiprogramms den Satz „Pflege des gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ durch den Zusatz „auf dem Boden der Selbsthilfe“ zu ergänzen.“

Ein Antrag des Wahlkreises Nordhausen lautet: Der Parteitag wolle beschließen:

„Im Programm ist ein Passus einzufügen, der die Schaffung eines Liberalen Beamtenrechts in den Einzelstaaten und im Reich fordert, welches die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Beamten der Verfassung gemäß sichert und ihre Disziplinerhältnisse auf moderner Grundlage regelt.“

Ein anderer Antrag der Nordhäuser Parteifreunde, der, unserer Ansicht nach, sehr zu rechten Stunde kommt, lautet:

„Vor jeder Beschlußfassung über ein Kommunalprogramm ist eine Konferenz in Kommunalen praktischer tätiger Parteigenossen einuberufen zur Begutachtung der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines „bestmöglichen Kommunalprogramms“. Der Geschäftsführende Ausschuss wird mit den vorbereitenden Massnahmen betraut.“

Eventual-Antrag Nordhausen im Falle der Ablehnung des obigen:

„Die Frage eines Kommunal-Programms wird zur Vorbereitung dem Zentralauschuss überwiesen.“

Zum Organisationsstatut liegt folgender Antrag der fortschrittlichen Volkspartei in Leipzig und Umgebung vor:

„Abschnitt I Absatz 5 des Organisationsstatutes ist dahin abzuändern, daß die Zahl der Delegierten für jeden Wahlkreis fünfzig nach der Stärke seiner Organisation bemessen wird, etwa dergestalt, daß jeder Wahlkreis 8 Delegierte entfallen, bei 300 Mitgliedern 4, bei 500 Mitgliedern 5, bei 1000 Mitgliedern 6, bei jedem weiteren Tausend je einen weiteren Delegierten. Grundsätzlich soll jeder Dele-

gierter seinen Wohnsitz in dem Wahlkreis haben, für den er delegiert wird. Solchen Vereinen, die wie z. B. in manchen Großstädten sich über mehrere Wahlkreise erstrecken, soll die Delegation ohne strenge Bindung an den Wohnsitz innerhalb des Bereiches der in Frage kommenden Reichstagswahlkreise nachgelassen sein.“

Parlamentarisches.

Die Wasserkommission im Abgeordnetenhause

ging in ihrer Sitzung am Freitag zunächst auf einige Paragraphen zurück, deren Beratung in den früheren Sitzungen zurückgestellt war. Ueber den Schadenersatz bei Verunreinigung wurde dem § 24 die Fassung gegeben, daß für den Schaden, der durch unerlaubte Verunreinigung eines Wasserlaufs entsteht, der Unternehmer der Anlage haftet. Die Haftung ist ausgeschlossen, wenn der Unternehmer zur Verhütung der Verunreinigung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat.

Hierdurch hat § 24 eine erhebliche Abmilderung erfahren. — Die Kommission ging dann zur weiteren Beratung des Gesetzes vom § 73 ab über. — In § 87 wurde eine Bestimmung angenommen, nach der die Staubsätze für Sommer und Winter festgesetzt werden muß. In § 91 wurde der Stauberechtigten neben dem, der die Staunanlage betreibt, für verpflichtet erklärt, die Anlage in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten. Die Beratung des § 108 wurde ausgesetzt. Weiterberatung Dienstag vormittag.

Heer und Flotte.

Die Aufstellung der Herbstneformationen.

Die Offiziersstelleneinweisung für die Neformationen, die auf Grund der Heeresvorlage am 1. Oktober d. J. ersticht werden, ist durch kaiserliche Kabinettsorder vom 13. September aus dem Wandverlager bei Ofenzy verhängt worden. Ueber die Aufstellung selbst hat das Kriegsministerium bestimmt:

Die neuen Truppenteile werden in voller Stärke aufgestellt. Ihre Bildung beginnt am 1. Oktober. Die Regiments-, Bataillons- und Abteilungsstammbeure, die Adjutanten und Fahnenmeister treffen bereits am 28. September in den Aufstellungsorten ein. Die Mannschaftransporte treten den Marsch über die Eisenbahnstrecke in die neue Garnison am 1. Okt. an. Am 6. Oktober muß die Aufstellung beendet sein, von der dem Kaiser Meldung zu erstatten ist. Bei der Abgabe geschlossener Kompagnien usw. an die neuen Truppenteile sind ausgeschlossen die Fahnen und Fahnenträger, die Einjährig-Freiwilligen, die Separatfranken, diejenigen Mannschaften, die eine längere Freiheitsstrafe verbüßen oder die sich in gerichtlicher Unterdrückung befinden, endlich geborene Elterngüterbringer, die in Truppenteilen außerhalb der Reichslande eingestellt sind, sofern es sich um eine Abgabe an neue Truppenteile handelt, die in den Reichslanden ihren Standort haben. Die abzugebenden Kompagnien muß lassen Waffen, Feldgerät, Munition, Schanzzeug zurück; die Unteroffiziere behalten die Seitengewehre bis zur Neubewaffung, die durch die Militärdepotdirektionen, die Feldzeugmeisterei und das Kriegsministerium, für die Jahrgänge, erfolgt. Die Verleihung von Feldzeichen an die neuen Truppenteile wird am Neujahrstage oder an Kaisergeburtstag 1913 in Berlin erfolgen. Ueber die Gebühren für die vorläufig auf Soldat- und Truppenübungsplätzen untergebrachten neuen Truppenteile ist bestimmt, daß die zum Besetzen baradenmäßiger Unterkunft vorrätigsten unveteranierten Offiziere keinen Anspruch auf Wohnungsgeldzuschuß haben. Die Umzugskosten sind für unveteranierte und veteranierte Offiziere, die

nicht zum Besetzen von Kasernenwohnungen (Baracken) verpflichtet sind, maßweise je geregelt, daß u. a. Familienmitglieder älterer Frauen und Kinder vorläufig in dem alten Standort lassen können und erst nach erfolgter Neu-Garnisonierung ihren Umzug auf Staatskosten bewerkstelligen können. Weislich sind über die Verordnungen und die Wietensfähigungen angegebene Bestimmungen ergangen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Konferenz der Deutschen Papier- und Zellulosefabrikanten. Der in Koblenz tagende Verein deutscher Papier- und Zellulosefabrikanten beschloß, Entschädigungen für seine Mitglieder in Fällen von Streik und Ausperrung zu zahlen.

Gegen Uebertreibung des militärischen Sports wendet sich ein Ministerialerlaß, der nämlich an die Schulleiter hinsichtlich ist. Diese werden darin ermahnt, daß bei der Wahlberechtigung und anderen Sportarten des militärischen Sports mit Vorsicht vorzugehen und jede Uebertreibung zu vermeiden ist.

Protest gegen Traubs Absehung. In einer scharfen Protestkundgebung gegen Traubs Absehung gestaketen sich zwei vom Kölnner Verein Evangelische Freiheit einberufene, Karl bediente Versammlungen. In beiden Versammlungen ergriff Herr Jach für Traub das Wort; außerdem sprachen Professor Ernst Meyer und Professor Guthmann-Dortmund. In einer gleichlaufenden Resolution wird die Entziehung darüber ausgesprochen, daß Traub nicht einmal Gelegenheit gegeben worden sei, sich über die Tatsachen zu äußern, aus denen der Oberkirchenrat seine Schlußfolgerungen zum Nachteil Traubs gezogen. Auch die religiöse Stellung und die kirchenpolitischen Ziele Traubs seien nicht gewürdigt worden.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kronprinz wird im Anschluß an einen mehrtägigen Jagdaufenthalt in Neumarkt bei Allenstein Mitte nächster Woche einer Einlabung des Kardinals Fürbischof Dr. v. Kopp zur Jagd in Johannsberg folgen.

Halle'scher Marktbericht

vom 21. September

Hier pro Mandel . . . 1.35-1.50 M.	Schotenweizen Hb. . . — — M.
Butter pro Etzd. . . 0.70-0.80	Schneebrot Hb. . . 0.20-0.25
Ei für pro Etzd. . . 2.25-3.0	Salat pro Etzd. . . 0.04-0.05
Dänne pro Etzd. . . 1.50-2.00	Sevadel pro Hund . . . — —
Enten pro Etzd. . . 3.00-4.50	Kotzohli pro Etzd. . . 0.05-0.15
Gänse pro Etzd. . . 5.00-7.00	Reisohli pro Etzd. . . 0.04-0.10
Tauben je 2 Paar . . . 1.00-1.15	Wirtstobli z. Etzd. . . 0.05-0.10
Wiesel pro Hund . . . 0.10-0.25	Wiesentobli pro Etzd. . . — —
Wintern pro Hund . . . 0.10-0.25	Wiesentobli pr. St. . . 0.20-0.25
Wäntzen pro Hb. . . 0.05-0.20	Wiesentobli pr. Hb. . . 0.10-0.15
Werkstollen pro Hb. . . — —	Wiesentobli pr. St. . . 0.05-0.10
Wiesentobli pro Hund . . . — —	Wiesentobli pr. St. . . 0.02-0.03
Wiesentobli pr. St. . . 0.50-1.20	Wiesentobli 2 Hund . . . 0.05-0.06
Wiesentobli pr. St. . . 1.00-1.50	Wiesentobli pro Hund . . . 0.05-0.10
Wiesentobli pr. St. . . 1.50-1.70	Wiesentobli pr. St. . . 0.05-0.05
Wiesentobli pr. St. . . 0.70-0.80	Wiesentobli pr. St. . . 0.02-0.03
Wiesentobli pr. St. . . 3.00-4.00	Wiesentobli pr. St. . . 0.04-0.05
Wiesentobli pr. St. . . 0.80-1.20	Wiesentobli pr. St. . . 1.10-1.30
Wiesentobli pr. St. . . 0.30-0.35	Wiesentobli pr. St. . . 1.10-1.30
Wiesentobli pr. St. . . — —	Wiesentobli pr. St. . . 1.10-1.50

Redaktions-Zeitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Protokollangelegenheiten, Bericht, Handel: Eugen Bismann; für Kultur, Vermischtes usw.: Martin Faustmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Infanterieartikel: Albert Bartsch; Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. —

Kleiderstoff-Neuheiten der Herbst- und Winter-Mode 1912.

Ausserordentlich günstige und preiswerte Angebote.

Frotté
Crépe- und krümmertes Gewebe für Promenaden- und Jackenkleider, grosse Farbenassortimente, Breite 110/130 cm
Meter 4⁵⁰ 3⁷⁵ 3⁰⁰ 2⁷⁵

Côtelé
Zweitfarbig gestreift, grosse Farben- Auswahl, Breite 110 cm Meter 3⁵⁰ M.

Fresko
Flauscharlige und Velour-Gewebe für Kostüm- und Jackenkleider, grosse Farben- Auswahl, Breite 130 cm
Meter 4⁵⁰ 4⁰⁰ 3⁷⁵

Frotté rayé
Granitartiges Gewebe mit schmalen farbigen Streifen in neuen Saisonfarben, Breite 90/110 cm
Meter 2⁹⁵ 2⁷⁵ 2³⁵ 1⁹⁵

Diagonal
Ein- u. zweifarbige, breitgeripptes Gewebe, aparte Neuheit, Breite 110/130 cm Meter 3⁵⁰ 3²⁵ 3⁰⁰ 2⁵⁰

Popeline changeant
Solider zweifarbiger Kleiderstoff auf zipfartigem Grund in vielen Farbentönen, Breite 110 cm
Meter 3⁷⁵ 3¹⁵ 2²⁵

Natté
mit Nadelstreifen, marine-weiße, schwarz-weiße und farbige Streifen, Breite 110/130 cm Mtr. 3²⁵ 2⁷⁵ 2⁵⁰

Blau-grün karierte
Rockstoffe in grosser Muster- Auswahl, Breite 90/110 cm Meter 2⁹⁵ 2²⁵ 2⁰⁰ 1⁸⁵ 1⁵⁵

Geschäftshaus

Grosse Spezial-Abteilung für Futterstoffe.

J. LEWIN

Grosse Spezial-Abteilung für moderne Kleider-Besätze.

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Max Eib's

 Praktisch! Ausserordentlich die ihre eingeleiteten Früchte unbedingt vor Verderben schützen und stets vorzüglichen, kristallklaren und gesunden Speise-Essig im Hause haben wollen, verwenden die seit 37 Jahr. eingeführte berühmte
Eib's Essig-Essenz.
 Man verlange in einschlägigen Geschäften ausdrücklich die echte Eib's Essig-Essenz in Flaschen für 10 Weinflaschen Essig und gratis unser neues

 „Saure Recepte“
 das Ergebnis eines öffentlichen Preiswettstreits, Max Eib, G.m.b.H., Dresden

Ledertreibriemen
 zum Betriebe in all Dimensionen, große Auswahl, verkauft billig
J. Stornelli.
 Ritter Markt 11, Leipzig 1948.


 Ehe Sie ein Auto kaufen, verlangen Sie billigestes Angebot der
Adler und Brennabor.
 Ständige Ausstellung moderner Autos.
 Zubehör, Pneumatik, Reparaturen schnell u. billig.
Heber & Streblow,
 Maschinenfabrik
 äuss. Deltzcherstr. 10.

Mignon-Flügel,
 165 m lang, von grossartiger Kraft und Fülle des Tones, das Vollendete in dieser Grösse, von Mk. 1200.— an.

Albert Hoffmann
 Am Riebeckplatz.

Militär-Hemden
Militär-Hosen
Militär-Jacken
 (unter dem Waffentrock zu tragen)

Reit-Hosen
 (ohne Reith) größte Auswahl bei
Julius Bacher
 Galle, Leipzigerstr. 102.

Extraplat-Aplanas 10x15 höchste Lichtstärke I. Versuchsl. 20 M. zu verk. Gellstrasse 53. III.

Himbeer-Sirup
 mit feinsten Rohstoffen eingedickt per 1/2 Liter 60 A empfiehlt
Carl Boock, Weichstr. 1/2, Markt 24, Wabnitz, Best. 1873.

Waschgefässe,
 dauerhaft u. billig, größte Auswahl in Bücherei Schillerstr. 1, bis an Markt 24, Wabnitz, Best. 1873.

Guterh. Bader-Einrichtung,
 Dien m. vernichtl. Batterie, billig zu verk. Clearstr. 5. III. I.

Gar. reine, altf. haltbare
Zafel-Butter
 käufl. frisch, in Pöpp. mit Netto 8 Pf. u. billigt, Lagerpreis. Der Versand geschieht in feinsten Pflandchen, damit mehrere kleine Familien wochenlang ein Tafel teilen können und immer frische Butter haben.
Gebrüder Spedel,
 Wagners i. Altdorf.
 Auf. v. 22 Wilsdorer Wollereien.

Spießschartoffeln
 Magnum bonum, Up so dets, auf Garthoben geschieden, officieel zu soloz. Ger. Lieferung
 Gutverwaltend
Marfischerdorf 2, Binndorf.
 Gutsverwaltend
 Gutsverwaltend
 Gutsverwaltend
 Gutsverwaltend

SAALE-BRIKETS

sind die besten!
 Vertreter: Hallescher Kohlenhof, G. m. b. H., Halle a. S., Deltzcherstr. 81, Fernr. 1439.

Zum Umzug für den Herbst

empfehlen in überaus grosser Auswahl zu billigsten Preisen:

Künstler-Garnituren 2 Schals u. 1 Querbehäng.
 Englisch Tüll in weiss, creme, elfenbein, gute bewährte Qualitäten 15⁰⁰ 9⁰⁰ 5⁰⁰
 Band, Spachtel, Crochet mit u. ohne Volant in reicher Ausmusterung 20⁰⁰ 16⁰⁰ 10⁵⁰
 Mull und Madras in modernen Farbenstellungen 18⁵⁰ 12⁰⁰ 8⁵⁰

Abgepasste Gardinen, Stores, Rouleaus.
 Englisch Tüll in weiss, creme, elfenbein, haltbare Qualitäten 9⁰⁰ 6⁷⁵ bis 1⁷⁵
 Crochet, Spachtel, Band in eleganter Ausführung 22⁰⁰ 18⁰⁰ bis 8⁵⁰
 Stores englisch Tüll, weiss und creme, bekannt gute Qualitäten 10⁰⁰ 7⁵⁰ 5⁰⁰ 1⁷⁵
 Stores mit reicher Band- und Spachtel-Verzierung weiss, creme, elfenbein 12⁵⁰ 9⁰⁰ 7⁵⁰ 4⁵⁰
 Zug-Vitragen, weiss, creme, gold, in Satin- und Köper-Gewebe 7²⁵ 5⁰⁰ 3⁷⁵ bis 1²⁵
 Scheiben-Gardinen, weiss, creme und elfenbein 1⁹⁰ 90 55 25 Pf.

Gardinen, Stores, Rouleaus vom Stück.*
 Englisch Tüll weiss, creme, elfenbein in guten Qualitäten p. Mtr. 1⁰⁰ 75 bis 25 Pf.
 Allover-Net 130-160 cm breit, zum Anfertigen von Künstler-Garnituren, Vorhängen, Bettdecken, 2⁷⁵ neueste Dessins 2⁰⁰ 1⁵⁰ 85 Pf.
 Farbige Madras 130-155 cm breit, mod. Fensterbekleidg., licht- u. waschecht 3⁷⁵ 2²⁵ 1⁵⁰
 Künstler-Leinen und Gobelin-Stoffe 130 cm breit, für Übergardinen und Vorhänge in grosser Auswahl 6⁰⁰ 3⁷⁵ 1¹⁰
 Zug-Vitragen weiss, creme, gold, glatt u. gemustert, 80-160 cm breit 1⁶⁰ 1²⁵ 60 bis 48 Pf.
 Scheiben-Gardinen weiss, creme, elfenbein p. Mtr. 1⁰⁰ 75 50 bis 25 Pf.

Komplette Messing-Garnituren 160 cm lang, mit 10 Ringen, 2 Trägern, 2 Endkugeln 3⁵⁰

Zugvorrichtungen für Gardinen und Stores, Brise-bise Stangen, Schnuren, Ringband, Ösengimpe.
 Spitzen und Einsätze für Selbstanfertigung von Gardinen, Stores, Künstler-Gardinen.

Wir laden höflichst zur Besichtigung ohne Kaufzwang ein.

Brummer & Benjamin
 Grosse Ulrichstrasse 22/24.

DR. OETKER'S Pudding
 aus Dr. Oetker's Puddingpulver zu 10 Pfg. ist eine wohlschmeckende und billige Nachspeise.
 Für Kinder gibt es wegen seines reichlichen Gehaltes an phosphorsaurem Kalk nichts Besseres!

Unsere gezeigte Kundenschaft erlauchet wie ebenhöflich wie dringend, die kleinen Rabattmarken gegen **Lebemarken umzutauschen**, da dieselben nur in den durch die erforderliche Anzahl von 50 Mark beziehungsweise 25 Mark vollgekauften Büchern gegen den entsprechenden Betrag von 6 Mark beziehungsweise 3 Mark eingelöst werden.
 In unseren sämtlichen Filialen, den sämtlichen Geschäften der Firma F. H. Krause und bei den Kutschern sind Bücher erhältlich und sind getannte Geschenke angeheftet, den Umtausch der Marken zu vollziehen.
 Bei jeder Gelegenheit empfehlen wir angelegentlich unser, aus garantiert reinem Roggenmehl bereitetes
wohlschmeckendes Brot.
Gebrüder Schubert,
 Fernsprecher 675, Dampfbrot-Fabrik, Merseburgerstr. 102.

Ausnahme-Angebot!
 Herren-Box-Schnürstiefel 7.00 Mk.
 Damen-Box-Schnürstiefel 5.75 Mk.
 Mädchen-Box-Schnürstiefel 31/35 4.50 Mk.
 " " " 27/30 4.00 Mk.
 Nur gute, reelle Ware.
 Alles andere spottbillig.

Wiebach,
 Schuhhaus,
 Al. Ulrichstrasse 12.

Filzhüte
 jeder Art auch Herrenhüte werden genähten, gefärbt, nach neuesten Formen modernisiert und in bekannt sauberer Ausführung schnellstens geliefert.
A. Tenner, Hutfabrik, Mittelstr. 6.

Harmoniums
 die weltberühmte Marke
Mannborg
 von Mark 100 bis Mark 2000 in grosser Auswahl allein bei
C. Rich. Ritter, Halle a. Saale
 Grossh. Sägs. Hoflieferant

gemhl. Zucker (Melis)
 1 Pfund 23 Pfg.
 10 Pfund 220 Pfg.
 bei Original-Einfach billiger.
Louis Eisfeld, Marktplatz 22
 in „Gold-Ring“.

Automaten-Einrichtung,
 22 Apparate, hochfeines Büfett, Mägen mit reicher Dekoration. Einleit. Büfett, ebenfalls erhalten mit über eine Restaurantinventar billig zu verkaufen. Abnahme bis Ende Oktober Bedingung.
 Konsumverwalter Max Fischer, Wühlhausen i. Thür.
 im Zentrum der Stadt, sehr gutes altes Geschäft, habe ich zum Verkauf an Hand übergeben, um fache mit Effekten zu dienen.
 Von Dienstag, den 24. d. Mts., habe wieder eine große Auswahl
belgischer Arbeitspferde.
Jangarchanen, Wilhelm Stock.
 Fernr. 46.

Die „Deutsche Gesellschaft zur Verbreitung guter Bücher“
 (Ehrenpräsidium Reichskanzler Fürst von Bismarck) wird vielseitig unterstützt und will ohne Erwerbabsicht
Romane und Novellen bester Autoren
 in jedes Haus als Bibliothek zur Unterhaltung und Bildung einführbar.
 Man abonniert halbjährlich und fernerseit kann bezogen werden bei dem Bevollmächtigten Herrn H. Bud, Berlin W 15, für Mark 3.— aus 6 gebundenen Werke Mark 2.25 auf 6 broschürte Werke
 Monatlich wird je ein Band, selbstverständlich als Eigentum d. Bestellers, portofrei zugestellt. — Zusatz werden geliefert: **Kolonisten-Volk, Roman von Gabriele Reuter; Duell — aus verstreuter Saat, Romane v. Ernst Wichert; Gewissensqual u. andere Erzählungen v. August Strindberg; Köstliche Geschichten von Anton von Fallai; Dämon Weiß, Roman von Hermann Heiberg; Dankle Mächte, Roman von Victor Blüthgen.**
 Die ersten vier Bände sind bereits versandfertig und werden auf Wunsch sogleich zusammen geliefert.
 Der entfallende Betrag ist durch Postweisung einzusenden oder wird bei der ersten Lieferung durch Nachnahme mit 30 Pf. Zuzug erhoben.